

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Preisprophet Nr. 226]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Preisprophet Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonntagen und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 59/62, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich M. 1.80. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg. für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur 10 Pfg. auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, spätere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 219.

Dienstag, den 19. September 1905.

12. Jahrg.

Platz für eine Beilage.

## Der Blutstrom steigt immer höher!

Unter diesem Titel schreibt die „Deutsche Bergarbeiter-Zeitung“: Kürzlich konnten wir das merkwürdige Schauspiel erleben, daß ein bekannter christlicher Arbeiterführer behauptete, nicht der Arbeiter sondern der Unternehmer zahle die Kosten der Unfallversicherung. Dem Namen nach bezahle der Unternehmer allerdings die Unfallkosten, aber man muß nur sehr oberflächliche Kenntnisse haben von der Volkswirtschaft, wenn man annimmt, die Unfallkosten, überhaupt die sozialpolitischen Lasten würden von dem Unternehmertum aus seiner Tasche gezahlt. Gaben doch schon die Werkbesitzer zu, daß sie ihre Ausgaben für Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung als einen Teil des Arbeitslohnes ansehen, und haben sie demzufolge bei Lohnforderungen nicht nur den reinen Lohn, sondern auch die Versicherungsbeiträge als Lohnbestandteil den Arbeitern entgegengehalten. Die Unternehmer Deutschlands sind auch gleich bei der Hand, wenn Vergleiche zwischen den Löhnen der englischen und amerikanischen Arbeiter gezogen werden, einzuräumen: „Ja Deutschland kommt aber dazu unsere Versicherungsbeiträge, die auch als Lohnbestandteil anzurechnen werden müssen!“ Darin geben wir den Unternehmern recht; es kann auch sein nachdenklicher Sozialpolitiker und Gewerkschaftler abstreiten, daß die Unfallkosten nur dem Namen nach von den Unternehmern gezahlt, tatsächlich aber von den Arbeitern aufgebracht werden.

Im Jahre 1904 betragen die von Knappschaftsversicherungs-gesellschaften verrechneten Gesamtunfallkosten 30 97 Mark pro versicherter Arbeiter. Berechnen wir die Kosten pro Arbeitstag (durchschnittlich 300), so kommen wir zu dem „realen“ Aufwand von gut 10 Pfennig pro Tag! Das ist dazu noch der höchste Satz seit Bestehen der Unfallversicherungsgesetze. Wenn diese 10 Pfennig pro Tag den Arbeitern als Lohnzulage bewilligt würden, ferner sie selbst, unter staatlicher Kontrolle natürlich, diese 10 Pfennig für Unfallversicherung einzahlen und selbst das Institut verwalten, dann wäre die Sachlage sofort allen klar und es zeigte sich, daß die Arbeiterlöhne in Deutschland inkl. Versicherungsbeiträge viel niedriger stehen wie im englischen und amerikanischen Bergbau. Das heutige System umgibt das Unternehmertum mit einem sozialpolitischen Kynemskanz, den die Arbeiter zu zahlen haben.

Wie sieht außerdem die von der Knappschaftsversicherungs-gesellschaft gezahlte Einzelrente aus? Nach dem neuesten Berufsgenossenschaftsbericht bezogen 1904 insgesamt 41 173 Personen Unfallrente. Davon bezogen aber nur 3699 eine Rente von 75—100 Prozent ihrer angerechneten Lohnsumme, d. h. nur 6 von 100 „Rentnern“ erhielten 75—100 Prozent bewilligt. Nur 1966 bezogen Vollrente (100 Prozent), und diese Vollrente betrug durchschnittlich nur 732 38 Mark, oder 61 Mark monatlich! Das ist die durchschnittliche Höchstenrente, die nur völlig arbeitsfähige Kameraden erhalten, also total verkrüppelte! Rehtausende Bekleidete erhalten nur eine Rente von 10—30 Prozent, obgleich sie bedeutend in ihrer Arbeitskraft geschwächt wurden. Aber noch mehr Verletzte erhalten überhaupt keinen Pfennig Rente, dank dem Rentenprüfungsverfahren, auf das die Arbeiterschaft einen so geringen Einfluß hat!

Wäre im Jahre 1904 wurden im Bergbau Deutschlands 80 204 Unfälle angemeldet, aber nur 9050 sind „entschädigt“ worden!!! Ungehilfte Kameraden erhalten einen „Kno“, an dem sie zettellebens laborieren, aber ihre Rentenansprüche werden zurückgewiesen. Natürlich verlangen wir für geringfügige Verletzungen, deren Folgen schnell vorübergehend sind, keine Entschädigung; aber wenn man die Alten unserer Reichsversicherungsanstalt einsehen will, da kann man haarsträubende Fälle von Rentenverzögerung und Rentenentziehung kennen lernen.

Mit allen Ruhmredereien über unsere „Sozialreform“ kann die empörende Tatsache nicht aus der Welt geschafft werden, daß der Blutstrom im Bergbau entsetzlich steigt; Es sind im deutschen Gesamtbergbau angemeldet worden:

1894	38 241 Unfälle
1900	58 471 „
1903	74 433 „
1904	80 204 „

Von 1894 bis inkl. 1904 619 349 Unfälle.

Ein riesiges Schlachtfeld mit so vielen Verletzten und Verdunsteten, wie sie ein großer Bürgerkrieg nicht zur Strecke brachte. Ein Meer von Krüppeln ist schon verausset worden um der Gebieten und Verhüllungen willen. 1886 en-fien auf 1000 Kameraden 6 59 Verletzte oder schwer Verwundete, 190 waren es 12 19 pro 1000. 1903 schon 14 97 und 1904 stieg die Zahl der Opfer auf 15 59 pro 1000 Kameraden!! Gegen diese fürchterlichen Angaben der amtlichen Statistik kann keine Schönfärberei aufkommen. Tausende Bergmanns-kinder bedecken das Schlachtfeld der Industrie, viele Jahr-tausende Krüppel laufen elend und darben umher. Es wurden von unsern Kameraden getödtet oder schwer verstim-melt, daß sie Rente beziehen mußten:

	1885/86	1900	1903	1904	Von 1885 bis inkl. 1904
in der Sektion Bonn	433	1076	1531	1636	17 247
„ „ Bochum	982	3176	4063	4591	16 506
„ „ Kladuhoj	50	173	255	265	2 303
„ „ Halle	182	616	820	925	8 858
„ „ Walsen-					
Kurg	75	143	200	195	2 288
„ „ Tarnowitz	336	1391	1751	1856	18 402
„ „ Zwickau	176	252	327	351	5 153
„ „ Wlünchen	31	67	98	125	1 493
Zusammen	2265	6894	9049	9950	102 252

## 102 252 Tote und Schwerverwundete

sind allein seit Bestehen des Unfallgesetzes dem Bergbau in Deutschland zum Opfer gefallen!!! Ist das nicht grauenvoll? Zum tollsten Unschicklichen ist es, wenn man Tag für Tag die Unglücksbotenschreie hört und sieht, wie gering-schätzend das Bergmannsleben, der herzerweichende Jammer der Witwen und Waisen angestarrt wird von einer Presse, die vorzigt „nationalistisch“ und „arbeiterfeindlich“ zu sein. Drum, daß kurzes Gras spricht auf den Wiesenrändern, und das Entsetzliche wird weiter vertuscht. 1904 haben sich Massenunfälle, bei denen mehr als zehn Arbeiter getödtet oder verletzt wurden, ereignet auf den Werken General Wilmersthal, Kalkgrube Fichtelnd, Kupfererzgrub: Egloltschenschicht, Baumholzgrube Franz-Johanneswerk (18 Tote!), Sälzer-Neuad und Wilmersthal Bitterke. Jedesmal wurden die „braven Bergleute“, herzlich bedauert!“ — wenige Tage nach der Katastrophe schrie man schon wieder auf die „Aulen“, „beneglichen“, aufgeheulten“ Bergleute. Die Toten von Wilmersthal liegen zum Teil noch im Schacht, aber wer spricht noch von der fürchterlichsten Katastrophe, wenn die Arbeiterschaft nicht stets wieder forderte, die Schuldigen zur Rechenschaft zu ziehen? Gerade das Vorurteil wäre ungehörig zu schließen, wenn wir Arbeiterkontrollen hätten, dieser festen Überzeugung sind alle Kameraden. Ach wie viele Menschen könnten gerettet werden, wenn durch praktische Arbeiter der Schleiter von den „amtlich“ allerdings bestrittenen, aber doch in Fülle und Fülle vorhandenen Betriebsmängeln gefast werden! Gibt doch selbst die Berufsgenossenschaft an, daß von 100 Unfällen sich ereigneten infolge

	Gefährlichkeit und Mangel des Betriebes	Schuld der Arbeiter
1895	58 75	41 26
1904	68 63	31 37

Und gegenüber dieser steigenden Betriebsgefährlichkeit geschieht nichts Durchgreifendes. Die amtlichen Werk-schutzkontrollen insbesondere anfänglich von Unfällen ist so belanglos, daß in richtiger Erkenntnis dieser Tatsache das Oberbergamt Dortmund selbst sich für eine Einschränkung der Unfalluntersuchungen ausspricht! Dieses Vorkommnis spricht Bände.

Dem Bemühen der gequälten Bergleute, sich durch Benutzung ihres gesetzlichen Organisationsrechts auf dem Wege der Selbsthilfe Lebensschutz zu verschaffen, setzen Kapitalisten, Behörden und die verkappten Arbeitseinde alle nur mög-lichen Widerstände entgegen. Auf ein Bergarbeiter-schutzgesetz haben die von steigender Betriebsgefährdung umgebenen, oft für einen Jahreslohn schwer schuftenden Kameraden gehofft, ein Bergarbeiter-trutz ist ihnen besichert worden, der nicht die geringste Handhabe für den Bergmann bietet, um durch Mitkontrolle der Gruben den anwachsenden Blut-strom einzubämmen. Steine statt Brot sind ihnen gegeben worden, statt Bunselkuch ein höhnender Trutz! Die Par-teien, die den hochwichtigen Bergarbeiter-schutz verhin-dert haben, tragen Schuld an den entsetzlichen Zuständen, das vergossene Bergmannsblut komme über das Haupt dieser Arbeitseinde und Arbeitervertreter!

## Politische Mandatanten.

„Gefährlich gehandelt.“ Bekanntlich hatten Mit-glieder des sozialdemokratischen Parteivorstandes in einer Depesche an den Bälowsfürsten Protest erhoben dagegen, daß der deutsche Relaysangehörige Gen. Kasprzak in Rußland wider Recht und Gesetz dem Tode überliefert werden solle. Inzwischen war unser unglücklicher Genoff: bereits von den Zarenskergen gemordet worden. Die deutsche Regierung hat nun Ermittlungen über den Protestpunkt erhoben, die die nach der „Tägl. Rundschau“ folgendes ergaben: „Das deutsche Generalkonsulat in Warschau hat festgestellt, daß der Generalgouverneur von Warschau nach russischem Gesetz gefährlich gehandelt hat, denn das russische Strafrecht schreibt vor, daß die rechtlichen Kon-sulten im Belagerungszustande sich auch auf solche Arti-minalfälle erstrecken, deren Verfolgung vor Erklärung des Belagerungszustandes begonnen hat. Ob der General-gouverneur berechtigt war, die Weitergabe des Kassations-gesetzes des Verurteilten abzulehnen, steht nicht mit voller Sicherheit fest, nur soviel konnte ermittelt werden, daß es besondere Bestimmungen hierüber nicht gibt, daß sich viel-

mehr eine Art Gewohnheitsrecht herausgebildet hat. Dabig-lich auf diesem Punkt erstrecken sich die zwischen beiden Staaten eingeleiteten diplomatischen Verhandlungen.“ — Als definitives Resultat dieser diplomatischen „Verhandlungen“ wird natürlich die „Feststellung“ herauskommen, daß die russischen Bluthunde im Falle Kasprzak „torrekt“ gehandelt haben.

Eine Reichstagswahl wird demächst im 9. schleswig-holsteinischen Wahlkreise bevor-zugen, nachdem der jetzige Abgeordnete, Konstitutionspräsident Dr. Stockmann zur Regierungspräsidenten in Gumbinnen ernannt ist. — Wozu sich also unsere Ge-anten im 9. Kreise heute schon zum Wahlkampf rüsten!

Für ein Parteitagblatt hat die fromme „Ger-mania“ einen köstlichen Beitrag gestiftet. Sie begrüßt näm-lich den sozialdemokratischen Parteitag in Jena mit einem Artikel, der mit der unübertrefflichen Konfusion erdet: „Der kommende Parteitag ist ein Arbeiterparlament, eine labolnische Mißgeburt, eine Versammlung von Unterdrückten und Aus-beuteten des revolutionären Gedankens, der Frustration der Phrasen, der Demokratisierung der Arbeit und der Arbeiter. Ihre Worte und ihre Taten werden dies beweisen. Der sozialdemokratische Parteitag ist eine Heerschau der „fatten“ Zufriedenheit, oder könnte es doch sein, gäbe es nicht so viele unersättliche Menschen.“ — Daß das nicht übel ge-schätzt ist, begreift sich leicht. Aber vergebens bemüht man sich, aus diesem Gezeiter ein Abstrichen Sinn herauszufinden. Mit derlei Ausführungen wird sich schließlich etwas Besseres erlangen lassen, als die der Anti-Alkohol-Aus-schaltung, die mit dem Parteitag verbunden sein wird, als warnendes Exempel einzuverleiden.

Nur immer langsam voran, das ist bekanntlich die Parole der deutschen Regierung, wenn es sich nicht um Heeres-, Flotten- oder Steuervorlagen handelt. Das tritt jetzt wieder einmal grell in die Erscheinung anlässlich der Entscheidung der Frage der Entschädigung unschul-diger Verhafteter, die nach dem Prozeß des Reimers Meyer in Wüdeburg wieder akut geworden ist. Die „Deutsche Juristenztg.“ bemerkt dazu: „Das Reichsjustizamt hat schon vor längerer Zeit die Vorannahme fortlaufender Er-hebungen angeregt über den Umfang, in welchem aus Staats-mitteln eine Entschädigung für unschuldig erlittene Unter-suchungshaft gemäß dem Gesetze vom 14. Juli 1904 gewährt wird. Das bayerische Justizministerium hat infolge dieser Anregung am 30. Juni 1905 eine ansehnliche Anordnung erlassen. Von solchen, an sich dankenswerten Erhebungen bis zur Aenderung des Gesetzes ist ein weiter Weg. Und doch hat der während der Ferien viel besprochene Fall des Reimers Meyer die Reformbedürftigkeit des Ge-fetzes dringend dargetan. Nach dem Wahrspruch der Wüde-burger Geschworenen war Meyer von der Anklage des Weins-eibes freigesprochen worden. Das Gericht aber hat ihm jede Entschädigung wegen der strebenwontigen Untersuchungs-haft verweigert, weil das Verfahren weder seine Unschuld, noch die Reinigung von einem begründeten Verdacht ergeben habe. Nach Lage des Gesetzes (§ 1) formell zutreffend. Aber wohin sollen derartige, materiell wie spältige Entscheidungen führen? Die Straf-prozedurordnung kennt nur eine Freisprechung, die keinen Ver-dacht zurückläßt. Abgesehen ganz von der Unbilligkeit, ist es ein schwerer Fehler der Gesetzgebung, daß durch das Entschädigungsgesetz zwei Arten von Freisprechungen geschaffen wurden. Ein Fehler, der den Angeklagten mit einem Mangel, die Gerichte mit zweifelhäftigen Entscheidungen belastet. Ein weiterer Mangel des Gesetzes ist die Bestimmtheit, wonach der Beschluß der Ansetzung durch Rechtsmittel entzogen ist!“ — In zehn Jahren wird vielleicht endlich in Deutsch-land mit diesem unerhörten Zustand aufgeräumt sein.

Es wird immer russischer in Deutschland. In Rbln ist auch der unseren älteren Lübecker Genossen zweifellos noch bekannte deutsche Anarchist Rudolf Lange, früher Handlungsgehilfe, der in der letzten Zeit die Partei-genossen verschiedener Städte für den „Anarcho-Sozialismus“ einsperren wollte, verhaftet worden. — Und was bezweckt man mit dieser tollen Anarchistenjagd?

Ein weißer Hase ist der Dampfseifenfabrikant Wättnier in Uerdingen, der einen ihm von Wilhelm A. vertriebenen Kommerzienratskittel dankend abgelehnt hat.

Die Zigarettenfabrikanten nahmen am Mittwoch in Dresden entschiedene Stellung gegen die geplante Ein-führung einer Zigarettensteuer.

Kolonialinteressen unter sich. Die Gesellschaft „Süd-Kamerun“, gegen die bekanntlich von den Batango-firmen schwere Anschuldigungen erhoben worden sind, erklärt die letzteren für unrichtig und bemerkt, daß sie bei der Kolonialabteilung die Untersuchung gegen sich und die Küsten-firmen beantragt habe. Sollte dort die Untersuchung ab-gelacht werden, will die Gesellschaft die Wahrheit durch Klage gegen die Batangofirmen feststellen. — Das letztere wäre sehr wünschenswert. Das Publikum könnte dann ein-mal erfahren, nach welchen Grundätzen und mit welchen Mitteln in Afrika „Kultur verbreitet“ wird.



**Die Fleischer** sollten nach Bobieleki'sriger und irrwehrender Behauptung an der Fleischenerzeugung schuld sein. Daß aber die Fleischer selbst unter der Fleischnot empfindlich leiden, ergibt sich aus einer in der „Allg. Fleisch-Bez.“ veröffentlichten, vom Deutschen Fleischerverband aufgenommenen Statistik über Fleischverbräuche und Fleischpreise in den ersten acht Monaten dieses Jahres. Diese Statistik ergibt folgenden Bild:

Stadt	Einwohner 1900	Beziehungsleistungen
Berlin	1 884 000	189
Hamburg	705 000	55
München	498 000	26
Leipzig	455 000	25 - 30
Dresden	422 000	21
Pöln	395 000	20
Frankfurt a. M.	287 000	24
Hannover	235 000	30
Düsseldorf	212 000	14
Stettin	210 000	19
Magdeburg	210 000	28
Charlottenburg	189 000	25
Stuttgart	176 000	30
Bremen	161 000	12
Halle	156 000	13
Dortmund	142 000	12
Darmen	141 000	6
Mannheim	140 000	8
Danzig	138 000	23
		5 all., 35 Fleischverbrauchsstände haben leer.

Nachen	135 000	3
Braunschweig	126 000	7
Bosen	116 000	9
Kiel	107 000	13
Krefeld	107 000	6
Kassel	105 000	8
Quitzburg	—	9
Mainz	—	17

Will Herr v. Bobieleki nun noch behaupten, daß die Fleischer lediglich zum Verzögern der Beseitigung eingestiftet haben?

**Reform des Krankenversicherungsgesetzes.** Für die vorgesehene Abänderung des Krankenversicherungsgesetzes bietet nach der „Münchener Allgemeinen Zeitung“ eine unlangst zum Abschluß gebrachte Verbesserung der amtlichen Statistik des Krankenversicherungswesens eine ermüdete und demütigende Unterlage. An den einschlägigen Beratungen im Reichsstatistischen Amt nahmen ebenso wie Vertreter der Krankenkassen auch Kassenaerzte aus verschiedenen Teilen des Reiches teil. Die Kassenaerzte haben selbst das größte Interesse daran, die bisherige unzulängliche Statistik verbessert zu sehen. — Es ist nicht bekannt geworden, ob unter den zugezogenen Vertretern der Krankenkassen auch Vertreter der freien Hilfskassen oder solcher Ortskassen gewesen sind, die von Arbeitern geleitet werden. Offenbar hat man die Vertreter sorgfältig ausgewählt, damit keine Unstimmigkeiten zu befürchten waren. Wenn man dies getan und dann über dies den Kassenaerzten Gelegenheit gegeben wurde, ihre Wünsche auf breiter Grundlage vorzubringen, dann kann man sich ungefähr vorstellen, was bei der Reform herauskommen wird. Man macht heute kein Hehl mehr daraus, daß der Selbstverwaltung der Kassen der Gehalt gemacht werden soll und nach unseren Informationen dürfte eine wesentliche Bestimmung der Reformvorlage die sein, daß die gewählten Beamten der Verwaltung durch die Aufsichtsbehörde befristet. Damit können sich sozialdemokratische gewählte Arbeiter aus solchen Posten fernhalten, und darauf läuft ja die Reform im wesentlichen hinaus. Schon die ganze Art, wie diese Erhebungen veranstaltet werden, ist außerordentlich verdächtig, und es darf mit Recht eine Novelle erwartet werden, die weder von Sachkunde noch von Objektivität getrübt ist. Die Krankenkassen werden gut tun, so rasch als möglich die künftige Abwehr vorzubereiten.

**Begnadigung wegen guten Parademarsches,** das ist das Neueste vom Felde der militärischen Ehren. Die Garde-Regimenter haben bei der Herbstparade einen so pyramidalen Parademarsch gemacht, daß Wilhelm II. sofort folgenden Gnadenbefehl aussprach: „In Anbetracht der vorzüglichen Leistungen meiner Garde-Regimenter beabsichtige ich, denjenigen gerichtlich bestraften Mannschaften des zweiten bzw. dritten Jahrganges, sofern solche sich nach Verbüßung ihrer Strafe gut geführt haben, das Nachsehen ihrer Strafe gut gefügt haben, das Nachsehen ihrer Strafe gut gefügt auf dem Gnadenwege zu erlassen. Die Paraden-Regimentskommandanten werden ersucht, die in Betracht kommenden Mannschaften umgehend hierher nachhause zu schicken.“ — Das ist immerhin etwas Neues, wegen guten Parademarsches Begnadigungen eintreten zu lassen. Gute Leistungen im Felddienst haben bisher diesen Erfolg nicht gehabt. Die sensationelle Begnadigung ist aber deshalb bedenklich, weil durch sie natürlich der Paradedienst noch befördert werden wird.

**Persische Polizei im Dienste des Zaren.** Im April des vorigen Jahres wurde in Warschau unser jetzt hingerichteter Genosse Kasprzak verhaftet und bald darauf, im Juni, wurden in Posen mehrere Genossen politisch verurteilt, die Kasprzak, der wohl einen anderen Namen angenommen hatte, rekonstruieren sollten. Man legte ihnen einige Photographien vor, von denen die einen unsern Genossen, die anderen das Kontorfei irgend eines hochfahrenden kruppigen Fabelschwanz darstellten. Jeder einzelne wurde gefragt, ob er Kasprzak kenne und ob er seine Photographie bezeichnen könne. Außerdem legte man noch einige Schriftstücke vor, die die bekannten linkschwingigen der Rundschrist ähnlichen Schriftzeichen der Kasprzakschen Handschrift trugen. Die Verhandlung führte der bekannte Polizeirat Hacker und ein Protokollführer, welcher die gemachten Aussagen protokollierte. Waren diese Begebenheiten den zarischen Schergen gegenüber schon tief beschämend — denn hier wurde, anstatt den eigenen Staatsangehörigen zu schützen, noch Material gegen ihn der fremden Polizei geliefert — so war dies doch noch lange nicht alles. Wie nämlich in der ersten Verhandlung vor dem Kriegsgericht in Warschau festgestellt wurde, befand sich während der Vernehmung der polnischen Genossen im Zimmer des Herrn Polizeirats Kasprzak ein russischer Gendarm mit anwesend, der die ganzen Verhandlungen mit anhörte. Da dieser russische Gendarm doch sicher nicht ohne Wissen

und Willen der preussischen Regierung in das Zimmer des Herrn Polizeirats Kasprzak gelangt ist, so wird Herr Kasprzak der russischen Regierung wegen des Vorfalls an einem preussischen Staatsangehörigen begangenen Verstoßes auch wohl keine Schwierigkeiten bereiten.

**Die Weibung von der bevorstehenden Wahlenunterlegung Eugen Richters** wird von der „Fr. D. Pr.“ diminiert.

**Die Normenverhältnisse an der Arbeit.** In Mannheim hat am Donnerstag ein Ausschuss derjenigen Gemeindeführer, die durch den Paragraph 13 des Arbeitgesetzes, betreffend die Beschäftigung des Diensts auf Lebensmitteln, an ihren Einkommen wesentlich geschädigt werden. Der Ausschuss hat den Gemeindeführern vorgeschlagen, von einem Antrag auf völlige Wiederbeschäftigung des Diensts abzusprechen, beim Bundesrat aber und Reichstag zu beantragen, daß der Tarif für die Beschäftigung jenseits des Jahres 1910 bis zum Jahre 1917 verschoben werde. Im Jahre 1917 werden die jetzt abgeschlossenen Handelsverträge ablaufen. Man hofft, daß die beteiligten Gemeindeführer im Falle sein werden, bis dahin einen Tarif vorzuschlagen, der die Einkommen zu beschaffen, was bis zum Jahre 1910 allseitig für unmöglich erklärt wurde. Den Gemeindeführern soll im November der Entwurf einer Petition mit einer umfassenden Denkschrift über die finanziellen Verhältnisse des Diensts zur Reichsversammlung zugehen. Die Herren wollen also noch der Reichsversammlung, die der neue Tarif bringt, auch noch die Verbrauchsabgaben der Städte aufrecht erhalten. Es sind zwar etwas beschwerende geworden, bis zum Jahre 1917 wollen sie aber die Lebensmittel der Gemeindeführer noch besonders beschützen. Und an der Spitze dieser Gruppe von Normenverhältnissen steht der Dresdener Bürgermeister, der in Mannheim auch den Vorsitz hatte.

**Kleine politische Nachrichten.** Die wirtschaftliche Vereinigung im Kreise Eisenach stellte den Antisemitenhauptling, Handlungsgeschäftlichen Schad, als Kandidaten auf. — Aus dem Haag wird amtlich gemeldet: Der Präsident Sonnenschein auf Limor (Sundainjeln) machte am 19. August einen Unfall in das holländische Gebiet. Er tötete 32 Personen und nahm 62 gefangen. — Aus Tanger meldet Reuters: Die deutschen, englischen und französischen Kurier wurden auf dem Wege nach Fez am 8. September in der Nähe von Burjan beraubt. Da muß schließlich ein deutsches Kriegsschiff nach Tanger gesandt werden. — Das von dem Minister des Innern in Tokio eingereichte Entlassungsgesuch wurde angenommen. Sein Nachfolger wird der Minister für Ackerbau und Handel, Kijura, der gleichzeitig sein bisheriges Ressort beibehält.

**Schweden.**

**Der fünfte Sozialdemokrat** des neuen Reichstages ist in Pflad gewählt worden. Hier handelt es sich um eine Wiederwahl. F. W. Thorsson, der Vertreter des Volkspartei in Pflad wurde bei der vorigen Reichstagswahl mit 497 gegen 449 Stimmen gewählt, diesmal erhielt er jedoch 671 Stimmen, während auf seinen Gegenkandidaten Regimentsarzt Nilsson nur 372 abgegeben wurden. Thorsson ist der erste von den bisherige sozialdemokratischen Reichstagsmitgliedern, der zur Wahl stand. — Auch der sechste Sozialdemokrat des schwedischen Reichstages ist am Donnerstag in Estlinna gewählt worden und zwar der Arbeiterführer E. E. Krogg. Er feierte mit 828 Stimmen über den liberalen Kandidaten, der 628 und den konservativen, der nur 213 Stimmen erhielt. Das Interesse und die Beteiligung an der Wahl waren lebhafter als je zuvor. Obwohl in Estlinna circa 1000 Arbeiter von der großen Auspeerrung betroffen sind, hatten kaum 100 ihr Wahlrecht wegen Sienerschulden eingebüßt.

**Die Säbelrasier** sind sowohl in Schweden, als auch in Norwegen wieder recht eifrig an der Arbeit. Uebereinstimmende Meldungen besagen, daß in beiden Ländern mobilisiert wird. Diese Säbelrasier ist umso mehr zu verwundern, als nach einer offiziellen Meldung Grund zu der Hoffnung vorhanden ist, daß die Einigungsverhandlungen in Karlstad zu einem positiven Resultat führen werden.

**Rußland.**

**Ein Demonstrationstodesurteil.** In Wilna wurde eine Arbeiterin zu Grabe getragen, die auf der Arbeiterbühne von Kofan ermordet worden war. 2000 Arbeiter nahmen an der durch die Organisation besorgten Beerdigung teil, bei welcher es zu Unruhen kam, in deren Verlauf viele verunwet und verhaftet wurden.

**Die „moderne“ Verfassung.** Das Interesse für die im Januar zusammengetretene Reichsbuma beginnt in den intelligenten Kreisen immer mehr zu schwinden, nur in Kaufmannskreisen und im Bauernstande ist es noch reger. Daß doch das unzureichende Wahlgesetz Kandidaten der Intelligenz nur zu, die nachweisen, daß sie eine Wahlungsmiete von 1800 Rubel jährlich zahlen. Die Bauern dagegen, selbst wenn sie nur über den Besitz von einer Viertel-Dejätine verfügen, können sich mit der Hoffnung schmiegeln, derselben, wenn ihnen das Glück günstig ist, einen Platz in der Reichsbuma zu erlangen, der nebenbei noch täglich acht Rubel Dätel bewirkt.

**Die Stilllosigkeit der russischen Bürokratie** zeigt über den Behörden im Kaukasus dokumentiert ein „Ausruf des kaiserlichen Statthalters an die Bevölkerung“, den das in Tiflis erscheinende Blatt „Kawkas“ veröffentlicht. In dem Ausruf wird „auf den schädlichen Charakter der geheimen Parteien und „Gesellschaften“ hingewiesen, die vermittels eines ungesetzlichen Kampfes eine Abänderung der Verwaltung erstreben. Der Ausruf macht auf die verwerflichen Folgen der Propaganda dieser Organisationen aufmerksam, die zu agitatorischen Zwecken die Bedürfnisse der Arbeiter und Bauern ausbeuteten und diese, wie es sich gezeigt habe, dem Ruin entgegenführten. So sei Baku, das vor kurzem noch in Blüte, Tausenden von Arbeitern durch seinen gewaltigen Handel und seine Fabriken die Mittel zum Lebensunterhalt gewährt habe, in Untätigkeit versunken. Die Fabriken hätten zu arbeiten aufgehört, die Bauern, durch die Agitation vertrieben, schickten sich an, die Grundstücke zu veräußern, die ihnen durch die Agitatoren untergegangen sei selbst um ihre Einkünfte bringe. Der Ausruf weist ferner die Bauern auf die Verpflichtung hin, die durch die Abänderungen hervorgerufenen Verluste zu ersetzen und legt den „wohlwollenden Einfluß der Einführung der Reichsbuma“ auf die Interessen der Bevölkerung auseinander; sie werde den geheimen Organisationen den Boden zur Aus-

übung ihrer Tätigkeit entziehen. Der Statthalter fordert zum Schluß die Bevölkerung, die die öffentlichen Angelegenheiten auf sich selbst zu übertragen. — Einem Ausruf wird dieser Ausruf natürlich nicht hab, sondern die Aufmerksamkeit der Regierung erregt die Forderungen hervorgebracht, die sie jetzt befehlen müßte. Das Interessante ist der Hinweis des Ausrufes auf bevorstehende Bauernausstände im Kaukasus. Daraus erhebt es vollkommen ausgeschlossen, daß in absehbarer Zeit die Ruhe im Kaukasus wiederhergestellt werden kann.

**Nach einer Meldung** der „Petersburger Telegraphen-Agentur“ aus Tiflis ist der dortige Aufstand am Donnerstag beendet worden. Das öffentliche Leben nehme wieder seinen gewöhnlichen Gang. In Katais ist ein allgemeiner Aufstand ausgebrochen. — Eine lange Dauer wird die Ruhe in Tiflis sicher nicht haben.

**Ausführerische Bauern.** Nach dem Geschehen in Wilna wurden aus den Dörfern aufständische Bauern eingeschickt. Die Revolution hört nicht auf. In den Dörfern werden fast alle Dokumente der Behörden verbrannt. In der Stadt herrscht Panik.

**Frankreich.**

**Nach der Demonstration** der ungarischen Arbeiterpartei hat heute noch folgende ausführliche Meldung vor: Fast zu der Zeit mo die Herrschenden den Wahrscheinlichkeiten des Ministeriums Fejervary verurteilen, riefte die sozialdemokratische Partei Lagaris zu einer Demonstration für das allgemeine Wahlrecht. Schon in den frühesten Morgenstunden hat Wadapost ein ganz ungewöhnliches Bild. Und allen Richtungen rücker schon gegen 7 Uhr sehr große Arbeiterabteilungen nach den vorher bestimmten Sammelplätzen, wo binnen einer Stunde etwa 30 000 Arbeiter versammelt waren. Der Zug von Arbeitern, welche Wadapost und rote Fahnen sowie Tafeln mit den Aufschriften: „Gebt uns das Wahlrecht!“ „Nieder mit den Brüdern!“ hochhatten und die Versammlung der Massen dauerte bis gegen 8 1/2 Uhr. Die Menge, von Dörfern flankiert, setzte sich von allen Sammelplätzen aus gleichzeitig in Bewegung. Den größten Gruppen, speziell von aus der Umgebung herbeigekommene Arbeiter, unter denen auffallend viele Frauen sind, schreien Musikstücken voraus, welche die Marxellisten intonieren, in welche die Arbeiter einstimmen. Der Marsch zum Börseplatz vor dem Parlament, wo ein Massenaufgebot von Polizei bereits am frühen Morgen einen unüberwindlichen Vorhang gezogen hat, umet etwa eine halbe Stunde in Richtung. In den Straßen, welche die Arbeiter passieren, sind viele Geschäfte geschlossen. Der Verkehr der elektrischen Bahn ist teilweise eingestellt. Um 9 1/2 Uhr ist der Platz vor dem Parlament von etwa 60 000 Menschen besetzt. Es herrscht eine unbeschreibliche, begeisterte Stimmung. Unausgesetzt eilen die Klänge der Marxellisten. Aus der Stadt wird der Zug des Publikums zum Parlament immer größer, doch darf ohne besondere Parteimitglieder den Platz vor dem Parlament betreten. Ein großer Teil der Schulen ist geschlossen. Die Polizei entfaltet immer größere Mannschaften, auch eine Verteilung Patrouillen ist sichtbar, während das übrige Publikum in ihren Kasernen konzentriert ist. Um dreizehn Uhr beginnt die Aufsicht der ungarischen Abgeordneten. Der Börseplatz vor dem Parlament ist menschenleer, da er von dem starken Polizeivorposten abgeperrt gehalten wird. Aufgehört dieses Vorposten sind aber alle Plätze und Straßen in einem Umkreis von vielleicht einem halben Kilometer dicht mit Menschen gefüllt; diese stehen in musterhafter Ordnung, nur selten steht man Polikisten einzuweichen, da diese sozialistischen Ordnung die Ordnung aufrecht erhalten. Um 9 Uhr wurden die Deputationen der Sozialdemokraten und der neu organisierten Sozialisten von dem Präsidenten des Hauses empfangen — sie überreichten ihm ihre Petition wegen des allgemeinen Wahlrechts. Der Präsident, der herabließ ein Anhänger des allgemeinen Wahlrechts ist, erklärte den Deputationen, seine Ansicht sei bekannt, doch könne er infolge seiner Stellung über den Parteien den Verhandlungen des Hauses nicht vorzureden. Er hoffe, das Haus werde eine allgemeine beschließende Lösung finden. Im Hause sind schon viele Abgeordnete versammelt, doch herrscht eine gedrückte Stimmung. Nachdem etwa um 10 Uhr die Aufsicht der Abgeordneten beendet war, zog die Polizei ihren Vorposten enger und hielt nur mehr die beiden Eingänge zum Abgeordnetenshaus frei, so daß die Menge vorwärts konnte und nur den ganzen Ausruf vor dem Parlament und weit darüber hinaus alle angeordneten Gassen füllt. Statt sieht die rote Farbe hervor, da alle Teilnehmer an der Demonstration rote Entwürfe am Hut tragen. Auf der Wozau ordert ein großes, mit den nationalen Farben geschmücktes Schiff, welches der durch seine großen Spielgewinne bekannte, zur Adressatengruppe gehörige Abgeordnete Mikolans Szewere seinen Wählern gestellt hat. Durch diese Demonstration haben unsere Genossen in Budapest nicht nur die Wahlrechtsreform gefördert, sie haben vor allem offenbart, daß sie über wohlhabende Arbeiterkategorien verfügen und eine große Macht in Ungarn darstellen. Durch ihre musterhaft durchgeführte Demonstration haben sie die Augen der ganzen zivilisierten Welt auf das ungarische Proletariat und seine sozialistische Führung gelenkt. Die Arbeiterpartei in Budapest ist ein Machtfaktor geworden, mit dem in den bevorstehenden Kämpfen gerechnet werden muß. Und der Verlauf der jüngsten Kundgebung läßt erwarten, daß sie ihre Macht auch zur Geltung bringen wird.

**Frankreich.**

**Aus den französischen Kolonien** werden neue „Kulturdaten“ bekannt. So meldet ein Bericht des Gouverneurs, daß gegen den Verwaltungsbeamten Hubert, der in der Landschaft Futa-Dschalku (Senegal) mehrere Eingeborene ohne Urteil hingerichten ließ, die gerichtliche Untersuchung eingeleitet werden wird. Auch sonst scheint in den französischen Kolonien das berüchtigte „Kongoystem“ weit verbreitet zu sein. So berichtet der „Parisier „Matin“ von neuen Kolonialbeamten-Ausstellungen mit Beigabe einer Photographie, auf der ein Neger gepöbelt dargestellt wird. Diese schreckliche Szene spielte sich 1900 in Portonovo (Dahomey) ab. Dort wurde auf











## Serienlosgeellschaften.

Man schreibt uns: Eine eigenartige Industrie hat sich an unserem Orte entwickelt, eine Geschäftart, die nicht keineswegs zur Ehre gereicht, wir meinen die Serienlos-Unternehmungen. Obwohl nun die hiesige Staatsanwaltschaft sich dieser mehr als zweifelhaften „Banken“ bereits angenommen hat und ihnen den Prozeß machte, halten wir es für unsere Pflicht, die Presse im Binnenlande darauf aufmerksam zu machen, um das Publikum vor weiteren Schädigungen zu bewahren. Fast periodisch durchlaufen Notizen die Tagespresse, welche vor solchen Instituten warnen, aber trotzdem finden sich immer noch Behntausende, hauptsächlich Angehörige der mittelbemittelten Bevölkerung, welche sich durch marktreflexive Spekulationen und allerbaldigsten Kombinationen von fragwürdigen Gestalten das Geld aus der Tasche ziehen lassen.

„Jedes Los ein Treffer“, „Keine Mielen“, „In Sicherheit aber solidem Maßstab sein Vermögen vermehren“, mit solchen oder ähnlichen Schlagworten geht man vorzugsweise in lässlichen und Zukunftslegenden auf den Wimpelzug. Daß der Erfolg leider ein sehr großer ist, beweist das feste Zurechnen von Firmen, welche sich mit der Organisation solcher Losgesellschaften befassen und das rapide Anwachsen der bestehenden Geschäfte. Was ein derartiges „Geschäft“ abwirft, geht daraus hervor, wenn man sieht, wie heute Leute mit Hunderttausenden Wirtshäusern, die noch vor einem Jahre sich mit Schließbuden und als Hausierer plagten, denen die elementarsten kaufmännischen Kenntnisse abgehen und welche man kaum imstande hält, sich durch eigene Hände Arbeit einen Lohner zu verdienen. Diese Leute hungern jetzt in Lübeck herum, kaufen kostbare Häuser und werfen sprichwörtlich tausendweise mit dem Gelde nur so um sich.

Zum besseren Verständnis unserer Leser schicken wir vor aus, daß ein Serienlos ein zur Rückzahlung bestimmter staatlicher, städtischer, oder auch privater Schuldmittel ist. Die Veranlassung solcher Losgesellschaften nehmen nun gewöhnlich 12 dieser Posten, von denen allmonatlich ein anderer zur Einlösung gelangt und setzen pro forma — um das Geschäft zu umgehen — eine „Gesellschaft“, bestehend entweder aus 100 Mitgliedern mit einem monatlichen Beitrag von 10 Mk., 200 Mitgliedern mit einem solchen von monatlich 5 Mk., oder aber 400 Mitglieder zu 250 Mk. monatlich zusammen; richtiger gesagt, werden auf ein solches Papier viele kleine Interimlose ausgegeben. Da das letztere aber nach § 286 des R.-St.-G. mit Gefängnis bis zu 2 Jahren und mit Geldstrafe bis zu 3000 Mk. bedroht ist, wird so ein Ding einfach „Gesellschaft“ oder auch gar „Verein“ genannt, den „Vereinsvorstand“ bildet natürlich der Veranlasser der (übrigens verbotenen) Lotterie. Auf diese Weise wird in aller Öffentlichkeit der ungeheuerste Wucher mit Schweiß- und Blutgeld getrieben.

Aus Geratewohl greifen wir einen Prospekt eines derartigen „Ehrenmannes“, von dessen moralischer Qualifikation sich hierorts im Laufe dieses Jahres ca. 15 niedergelassen haben, heraus, an der Hand dessen wir nachweisen, in welcher schamloser Weise die Hörsen Hunderttausender Unwissender geblühdert werden und manche Leute mit keineswegs tabelloser Vergangenheit sich dadurch ein molliges Leben machen, indem sie die niedrigen Zinskante, die Dummheit der Masse ausbeuten. Auf der vorher erläuterten Basis wird eine „Gesellschaft“ errichtet, die insgesamt an Beiträgen jährlich 14000 Mark aufzubringen hat. Als Gegenwert liefert die „Bank“ — sie schützt es wenigstens vor — 12 Lose und zwar 6 Ottomanische Eisenbahnlose, 3 Braunschw. 20 Loterlose, 2 Oesterr. 500

Guldenlose und ein kleines Papier mit 7 Gulden sabb. Währ., welche heute zusammen an der Börse mit 4700 Mk. gehandelt werden. Von vorneherein also hat der „Bankier“ einen sicheren Gewinn von 200 Prozent aus den Spargrößen armer Leute, die sich das Geld, welches sie in der Hoffnung auf den „in höhere Aussicht“ gerichteten Gewinn diesem modernen Raubritter hingeben, oft vom Munde absparen. Das Porto für Ueberlieferung der wertlosen Papiere hat das Mitglied natürlich selbst zu tragen. Selbstverständlich sind die Prospekte und sonstige Drucksachen so unklar gehalten, daß es selten jemand weiß, daß der erzielte Gewinn in mehrere 100 Teile geteilt wird. Die Entlohnung kommt meistens erst, wenn das „Mitglied“ zu Ende der Herbstzeitung noch bezahlt und das Mitglied den erzielten Gewinn zu erhalten hofft. Daß der „sichere Treffer“ in vielen Beziehungen für das einzelne Mitglied nur 5 Pfa. und weniger ausmacht, damit rechnen natürlich wenige. Täglich einlaufende Briefe mit den herzerweichendsten Worten beweisen dieses vollauf. Auch wer es vorher gewahr wird, daß er schmächtig dupiert ist, weiß sich selten zu helfen, da er sich an die Unterschrift, durch welche er sich zur Zahlung der Beiträge für ein Jahr verpflichtet, gebunden glaubt.

Wer sich weigert, die Beiträge zu zahlen, wird durch massenweise verfaulende Drucksachen unter Androhung der Klage dazu aufzufordert und meistens auch wieder eingeschüchert. Bleibt man weiter in Betracht, daß unter diesen unsauberen „Bankiers“ hier am Platze Leute sind, die noch vor einem Jahre kaum einen guten Anzug ihrer eigenen nannten und die jetzt in einem einzigen Monat mehr als 30000 (dreißigtausend) Mark für Klammere ausgehen und das luxuriöse Leben führen, so drängt sich einem die Ueberzeugung auf, daß die Organisation von Losgesellschaften auf verächtlich wucherischer ausbeuterischer Basis vollendete Hochstapelei darstellt, welche ein gesetzliches Einschreiten unbedingt nötig macht. Ist nun auch von ca. 10 Behörden im Reich gegen das hier in Frage stehende größte Unternehmen dieser Art Anklage erhoben, so bieten die Anklagen keine Gewähr dafür, daß das Publikum auch geschützt wird.

Meistens untersucht der Ankläger nur, ob die Lotteriegesele verlegt sind, in den seltensten Fällen spielt der Verurteiltenparagraf eine Rolle. Es liegt eben nicht im Interesse des öffentlichen Anklägers, dem Publikum vorzuschreiben, wo es sein Geld läßt, und schließlich kann man von einem Richter nicht gut verlangen, daß er zugleich Förtenschmann sein soll. Vielfach werden die Gerichte ebenfalls dupiert.

Nur wer mit eigenen Augen gesehen, wie allmonatlich auf zehntausenden Postanweisungen hunderttausende Mark aus allen Ecken Deutschlands in Lübeck zusammenlaufen, wer diese ebenso hießen und breitpurigen Emporkömmlinge mit riesigen Stapeln Postanweisungen und tausenden Briefen prüfend die Straßen längs ziehen sah und sie in den Restaurants renommieren hörte, wer sah, wie monatlich fünf und mehrere Millionen Prospekte und hunderttausende Briefe nach allen Teilen Deutschlands mit großem Erfolg gefandt wurden, nur der kann sich einen Begriff machen, wie gerade die Vermissten der Armen vor Spielteufel befehen sind und wieviel Unglück und Elend den Hoffnungslosen und Verzagten von diesen, sagen wir „Vereinsvorständen“, bereitet wird. Es ist nicht nur die höchste Zeit, daß hier die Gesetzgebung und Behörden eingreifen, sondern auch Pflicht und Schuldigkeit der Presse, vor allen Dingen dem unwissenden Publikum die Augen zu öffnen. Die Vergangenheit hat uns gelehrt, daß, sobald „Unternehmer“ dieses Schlages die Taschen voll haben, oder den Boden unter den Füßen „heiß“ werden fühlen, Napoleons aranzvous nur allzu schnell zur Wirklichkeit werden lassen, um dann im Ge-

urtslande Spinoza's oder Hamlet's den grand Signeur zu spielen.

## Wagen und Bartleben.

Die Textilbarone in Reichenbach in Schlessen haben es brüst abgelehnt, die erfolgten Kündigungen und Entlassungen zurückzunehmen. Eine große Anzahl Arbeiter und Arbeiterinnen legte darauf sofort die Arbeit nieder und täglich wird die Zahl der Streikenden — es dürften bereits schon über 1000 sein — größer. Die Firma Aftel mußte bereits am Mittwoch den 13. September ihren Betrieb schließen, da sie keine Arbeitskräfte mehr zur Verfügung hatte.

Wegen Beleidigung eines nationalliberalen Redakteurs hielt sich Hans Dr. Adolf Braun in Nürnberg vor dem Bayerischen Obergericht zu verantworten. Im Juni dieses Jahres waren in Bayreuth verschiedene Vorkommnisse, über die das „Bayreuther Tageblatt“ in der gehässigen Weise schrieb. Gegen das nordbayerische Blatt, die „Frankische Volksstimme“, wurden wiederholt heftige Angriffe gerichtet, u. a. wurden der Redaktion, freche, schmutzige Verleumdungen, Lüge, Frechheit usw. zum Vorwurf gemacht. In der Erwiderung auf eine solche Notiz schrieb die „Frankische Volksstimme“ bekannt, daß in Würzburg seinerzeit ein recht flotter Windbeutel lebte, der trotz seines guten Einkommens niemals gut bei Kasse gewesen und eines schönen Tages spurlos von dort verschwunden sei, ohne von seinen Geschäftsfreunden Abschied zu nehmen. Der Redakteur des nationalliberalen Blattes, ein Herr Kunkel, bezog diese Notiz auf sich und erhob gegen Herr Braun, der damals die „Frankische Volksstimme“ verantwortliche zeichnete, Klage. In der Verhandlung kündete der Herr Kunkel, der Geschäftsführer des Vereins Kreditreform, daß Kunkel auf Veranlassung einer unterfränkischen Zeitung, der er 308 Mark schuldet, auf die schwarze Liste des Vereins als böswilliger Zahler gesetzt worden sei. Kunkel hat auch den Offenbarungsbuch geleistet. Braun wurde wegen formaler Beleidigung zu 50 Mk. Geldstrafe verurteilt.

Auch ein Beitrag zur Generalstreik-Debatte. Ein Artikel der „Vergewaltigung-Zeitung“ über Anarcho-Sozialismus schließt mit folgenden Worten: „In Rußland lobt seit Jahr und Tag der Kampf um die Volksfreiheit. Wir wundern uns schon immer, warum unsere theoretischen Generalstreiker nicht schleunigst nach Rußland gehen, um dort praktische Kampferfahrungen zu sammeln und mitzukämpfen. In Rußland blüht die Arbeiterbewegung, weshalb eilen insbesondere die aus Rußland oder Polen stammenden, jetzt in Deutschland, Frankreich und der Schweiz „revolutionäre“ Artikel schreibenden Theoretiker nicht auf den Kampfplatz? Wer ein solches Uebermaß von „revolutionärer“ Energie besitzt, wie unsere sozialistischen Generalstreikpropagandisten, für den ist es Zeit, sich im russischen Freiheitskampf praktisch zu betätigen, statt aus der Sommerische Generalstreikdiskussion zu betreiben. Probieren geht über Studieren, darum auf in den russischen Freiheitskampf, ihr „Theoretiker des Klassenkampfes“! Die Gewerkschaften stehen stets im Kampfe für die Volksrechte, und sie werden auch wissen, was im geeigneten Moment zu tun ist. Wir lassen uns keine „neue Taktik“ aufdrängen, die Gewerkschaften haben über ihre Taktik selbständig zu bestimmen auf ihren Kongressen und Generalversammlungen! Was uns heute empfohlen wird als „Radikalismus“, das ist in Wahrheit nur ein Rückfall in das Kindesalter der Arbeiterbewegung. Was als „Fortschritt“ angepriesen wird, ist tatsächlich nur Rückschritt, verbrämt mit Phrasen. Mögen Leute, die keine Verantwortung für die Entwicklung der Gewerkschaften zu tragen gewillt sind, über „politischen“ oder „anarcho-

## Gold!

Ein Kalifornisches Lebensbild.  
Von Friedrich Gerstäcker.

(27. Fortsetzung).

8.

### Eine Vogelperspektive.

Am andern Morgen mit Tagesanbruch stieß ein kleiner Dampfer, der „Goldfisch“, mit einer Anzahl von Passagieren vom sogenannten langen Werft (Ein auf starken Pfählen eingerammter, vielleicht fünfzehn Schritt breiter und schon damals über eine halbe englische Meile langer Bohlenweg, der sich in die Bai hinausdehnte und dazu diente, derartigen Fahrzeugen zu gestatten, unmittelbar im Lande ihre Waren zu löschen.) von San Francisco ab.

Es war ein etwas langsames Boot und hatte deshalb die frühe Abfahrtsstunde gewählt, den anderen Fahrzeugen die eiligsten Passagiere vorweg zu nehmen. Daß sie angeführt waren, merkten diese dann gewöhnlich erst, wenn sie von dem nächstfolgenden unterwegs überholt wurden. Raum räumte es den Platz als der nach Stockton am San Joaquin bestimmte Dampfer die golden gate dort anlangte und mit rauchenden Schornsteinen seine Glocke läutete.

Ein hagerer langer Mann, der ein ziemlich schweres Gewicht unter seinem jadensteinigen Mantel zu tragen schien, kam mit raschen Schritten das Werft entlang, blieb an der Planke des für den San Joaquin bestimmten Dampfers eine Weile stehen, um forschend das lange schmale Werft zurückzuschauen, und ging dann eilig an Bord. Wenige Minuten später läutete die letzte Glocke, und das Boot wollte eben abstoßen, als ein kleiner Trupp Deutscher nach dem Werft heruntergerannt kam und schon von Weitem mit dem Lächeln winkte und schrie und Zeichen gab, noch an Bord genommen zu werden.

Es waren Leute verschiedenem Alters, Alle aber in

außerordentlicher Eile, und nur ein Einziger schien diese nicht zu teilen. Mit weit langsameren Schritten, eine lange Pfeife im Munde, folgte er den Uebrigen und schaute sich dabei so sicher und selbstgefällig um, als ob er fest überzeugt gewesen wäre, daß das Boot hätte auf ihn warten müssen.

Der Kapitän des Dampfers hielt natürlich, um sich den Verdienst nicht entgehen zu lassen. Die in sechzehn bis zwanzig Stunden bewerkstelligte Ueberfahrt nach Stockton — ohne Provisionen unterwegs — kostete damals nämlich noch dreißig Dollar für den Kopf, und diese sechs Passagiere zahlten demnach die Kosten der ganzen Reise.

Die ersten waren auch schon lange an Bord gesprungen, und selbst der Neger, den sie sich mitgenommen und der ihr sämtliches Gepäck auf einem Handkarren führte, war in einem scharfen Trab mit seinem leichten Fuhrwerk über die Planke hingezogen. Nur der letzte Passagier überreichte sich nicht, und wenn er seinen Schritt auch in etwas beschleunigte, geschah das doch sichtbar mit einer gewissen Angst, sich ja nichts zu verzeihen.

„Justizrat, Sie werden wahrhaftig zurückgelassen!“ schrie ihm der eine der Vorangehenden — Herr Hüfner — ängstlich zu. Der Justizrat antwortete gar nicht darauf, sah nach rechts und links hinüber und blies die blauen Dampfswollen seines deutschen Knaster wohlgefällig in die Nase, keine Morgenluft hinaus.

„Stoß ab!“ rief da der Kapitän seinen Leuten zu — „wenn der Bursche so viel Zeit hat, wollen wir ihm den Spaß nicht verderben — aber halt!“ — unterbrach er sich da plötzlich — „dahinten kommt noch Jemand, der in größerer Eile ist. Schade — ich hätte den mit der langen Pfeife gern sitzen lassen.“

Sinter dem Justizrat her kam ein Mann mit einer kalifornischen Barope — der schon von Weitem mit der Hand winkte. Nur erst als er nahe genug gekommen war, daß

vorn aufgehängende Schild „Nach Stockton“ zu lesen, mähtigte er seinen Schritt.

„Nun Sir? — mit in die Minen?“ rief ihm der Kapitän zu.

„Bist du in Sausalita an?“

Der Amerikaner schüttelte mit dem Kopf, und winkte seinen Leuten, das Boot frei zu machen. Der Justizrat war eben an Bord getreten.

„Dort drüben geht das Sausalita-Boot“, rief er von seinem Deck zurück.

„Derfel!“ schrie der in der Barope, „ich dachte, um sechs Uhr ginge das erste Boot.“

„Um halb sechs das erste nach Sacramento; stoß ab!“ rief der Kapitän.

Der in der Barope stand wie unschlüssig und stampfte nur ingrimmig seinen Fuß auf den Boden.

„Wollt ihr nach Sausalita, Herr?“ rief ihm da ein kleiner Junge an — „dort die „Jenny Lind“ fährt in zehn Minuten ab und heißt den Goldfisch noch ein, ehe er seine Flossen am Lande blüht.“

„Dank Dir, mein Bursche!“ rief der Fremde und warf ihm einen Dollar zu, den der Junge mit einem Schlenker des rechten Beines, das wahrscheinlich seinen Dank ausdrücken sollte, in die Tasche steckte. In demselben Augenblick hob das golden gate vom Ufer ab, und aus einem der kleinen Kajütenfenster, sein Gesicht durch den vorgehaltenen Arm so weit gedreht, daß nur eben die kleinen zusammengelassenen Augen kaum behielten, blühte Mr. Smith mit hochstem Lächeln nach seinem auf dem Werft zurückbleibenden Kameraden und Helfershelfer Hüfner hinüber. Sowie der Platz an der Landung frei wurde, dampfte denn auch das kleine Boot, die „Jenny Lind“, herab, und als sie zum dritten Mal geläutet, folgte sie dem vorangegangenen „Goldfisch“ nach Sausalita.

Drüben in den östlichen Bergen — dem Sehnsuchtsziel von all' den Tausenden, die hier gelandet — war die Sonne



# Aus Nah und Fern.

sozialistischen“ Generalkomitee beschließen, was sie wollen, für die deutschen Gewerkschaften ist der Beschluß ihres Kölner Kongresses maßgebend. Wer aber etwa glaubt, irgend einer Stimmung Rechnung tragen zu sollen, der soll auch bedenken, was es heißt, über die Köpfe der verantwortlichen Gewerkschaftler einen Beschluß herbeizuführen, dessen Ausführung wir uns mit allen Kräften widersetzen werden. — Man sollte es kaum für möglich halten, daß der Redakteur eines Arbeiterblattes sich solch widerlicher Mittel bedient, um parteigebirgische „Theoretiker“, die nur das Beste der Partei im Auge haben, zu beschreiben. Haben denn diese Leute gar kein Verständnis dafür, daß sie durch solche Kampfesweise die gesamte Arbeiterbewegung schwer schädigen?

Die behrliche Gesinnungserschütterung wird auch im südlichen Deutschland betrieben, weil man sie in Berlin wünscht. Erst im letzten badischen Landtag hatte Genosse Gschorn das Thema angeknüpft. Minister Schenkel leugnete zunächst die Tatsachen ab, wurde aber sofort der Unwahrheit überführt, als ihm Gschorn ein amtliches Formular über die von den Bezirksämtern vorgenommene Schenkelfei unter die Nase hielt. Das brachte Herrn Schenkel allerdings in eine fatale Situation, aber dieselbe und arbeitswillig, wie moderne Minister nun einmal sind, begab er sich flugs an die Anfertigung eines neuen Geheimvertrages, der nach unserem Marktsrüher Parteiorgan folgenden Wortlaut hat:

Ministerium des Innern.

Karlsruhe, 12. April 1904.

Norm. Militärsachen.  
Nr. 13753.

Die sozialdemokr.  
Agitation betreffend.

Geheim!

An die Herren Blätterbesitzer der  
Ersatzkommissionen!

Wir sehen uns veranlaßt, hinsichtlich der über die Zugehörigkeit Militärspflichtiger zur sozialdemokratischen Bewegung zur anarchistischen Partei anzustellen der Ersatzkommissionen unter Aufsicht der seitens der Großh. Landeskommissionen erlassenen Befehlen zu bestimmen:

Die Erhebungen haben sich auf die Feststellung zu beschränken, ob und welche Bestimmungspflichtigen

1. als Führer oder Agitatoren der sozialdemokratischen Partei hervorgetreten sind;
2. ohne eine führende Stellung einzunehmen nach ihrem sich in äußeren Tatsachen kundgebenden Verhalten als entschiedene, der sozialdemokratischen Partei angehörige und für ihre Ziele wirkende Persönlichkeiten zu betrachten sind;
3. Anarchisten sind.

Der Vollzug der Erhebungen soll ein möglichst unauffälliger sein. Ihr Zweck wird sich in der Regel in der Weise erreichen lassen, daß für die größeren Städte einem erfahrenen Polizeibeamten (Polizei-Inspektor, Polizeikommissar) die Bitte der Auszubehenden mit der Weisung behändigt wird, auf dieser Bitte auf Grund eigener Kenntnis und soweit nötig, nach näherer Verlässigung, diejenigen zu bezeichnen, welche der einen oder anderen der obengenannten Kategorien angehören; für die übrigen Orte wäre die gleiche Weisung dem Gendarmeriewachmeister zu erteilen. Erhebungen durch die Schumannschaft oder das dem Gendarmeriewachmeister unterstellte Personal haben zu unterbleiben; auch sollen Nachfragen bei Arbeitgeberinnen oder Vermietern nicht stattfinden und auch Erkundigungen bei den Bürgermeistern tunlichst vermieden werden.

Ersuchen an auswärtige Behörden um Auskunft über Militärspflichtige dürfen nur ausnahmsweise, also nur dann, wenn eine andere Verlässigung nicht möglich ist, und nur hinsichtlich solcher, erst kurze Zeit im Aushebungsbezirk sich aufhaltender Personen stattfinden, für welche Anzeichen ihrer Zugehörigkeit zu einer der in Frage stehenden Kategorien vorliegen. Formulare sind zu solchen Ersuchen nicht mehr zu verwenden; auch sind die letzteren als streng vertraulich zu bezeichnen und auch innerhalb des Dienstes als solche zu behandeln.

Das Ergebnis der Ermittlungen ist an den Zivilvorstehenden der Oberersatzkommission anzuzeigen.

Schenkell.

Dr. Bromsacker.

Herr Schenkell wird auch im nächsten Landtag über diese neue amtliche Spitzerei zur Rede gestellt werden.

**Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.**  
Wegen Majestätsbeleidigung wurde der schon vielfach vorher strafte Gelegenheitsarbeiter Hermann Rabitz in Stettin zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Wie die Lohnslaven Ostindiens geknebelt werden. In dem Dorfe Reibnitz, Kreis Hirschberg in Schlesien, sollte die Stiefsohn eines Schlossermesters in eine Zwangsverlehnungsanstalt gebracht werden. Zu diesem Zwecke machte sich der Amtsvorsteher des Ortes, Rittergutsbesitzer Mellner, nebst dem Amtsdienere und zwei polnischen Arbeitern, die mit Stricken bewaffnet waren, auf den Weg um das Mädchen abzuholen. Auf erfolglos Klopfen wurde die Haustür geöffnet, als aber der Schlossermester den vom Amtsvorsteher verübten Aufzug sah, geriet er begrifflich in große Erregung. Er meinte, der Amtsvorsteher habe doch auch Kinder und könne es ihm auch noch einmal so gehen, wie er jetzt die Leute ins Unglück bringe. Wegen dieser „Beleidigung“ wollte der Amtsvorsteher den Schlossermester verhaften und abführen lassen. Letzterer weigerte sich mitzugehen und nun gab der Ortsvorsteher den polnischen Arbeitern den Befehl, ihn mit den Stricken zu binden. Von den Arbeitern wurde ihm dabei ziemlich übel mitgespielt; man drückte ihm die Kehle zu, daß ihm ganz schwarz vor Augen wurde. Erst als die Frau des Schlossermesters dazutrat und inständig für ihren Mann bat, wurde von dem Binden und Abführen Abstand genommen. Die Fortschaffung des Mädchens ging dann ohne weitere Zwischenfälle von statten. Der Amtsvorsteher stellte jedoch Strafentwurf wegen Beleidigung, so daß sich das Schöffengericht in Hirschberg nunmehr mit dem Vorfall zu beschäftigen hatte. Der Amtsvorsteher gab hier als Zeuge an, er habe die beiden Arbeiter mit Stricken deshalb mitgenommen, weil der Schlossermester sich dahin auszulassen habe, er werde auf ihn schließen. Daß der Angeklagte wirklichen Widerstand geleistet habe, konnte der Amtsvorsteher selbst nicht behaupten. Der Amtsanwalt beantragte gegen den Schlossermester wegen der Beleidigung eine Geldstrafe von zehn Mark. Das Gericht erkannte auf fünf Mark Geldstrafe, indem es dem Angeklagten die berechtigte Erregung über das unangemessene Verhalten des Amtsvorstehers zugute rechnete. Und was geschieht mit dem Amtsvorsteher?

Am Hochzeitabend wahnsinnig geworden. Ein bitteres Mißgeschick ist dem Schlosser Uder in Berlin widerfahren. Der Unglückliche ist am Abend seines Hochzeitstages vom Zerstin befallen worden. Er ließ am Vormittag auf dem Standesamt seine eheliche Verbindung vollziehen. Am Nachmittag tanzte das junge Ehepaar in einem Lokal, kehrte gegen Abend zurück und begab sich gegen 9 Uhr zur Ruhe. Kurz nach 9 Uhr hörten Bewohner des Hauses Hilferufe. Aus dem Hinterhause rannte eine Frau nur notdürftig bekleidet über den Hof nach dem Seitensügel in wilder Flucht. Unmittelbar hinter ihr folgte der Ehemann. Im Seitensügel holte er seine Frau ein und verfestigte ihr hystische Schläge. Nachdem Hausbewohner zur Hilfe geeilt, begab sich der Mann unter den wütenden Reden, wie „Um 12 Uhr geht die Welt unter!“ und mit den Drohungen, daß er seine Frau erschließen würde, in die Wohnung. Von der Wache kamen dann zwei Schutzleute. Sie öffneten mit Gewalt die Tür der im Parterre gelegenen Wohnung und führten dann den Vermissten nach der Wache, wo er vom Kreisarzt untersucht wurde.

Nach der Hochzeit. Eine Ehekränkung absonderlicher Art lag der Anzeige wegen Betruges zugrunde, die den Kaufmann Martin Panitzki vor die vierte Ferienkammer des Landgerichts I führte. Der junge Mann, der hatte dahin in einem Herrenkonfektionsgeschäft angestellt war, hatte die Sehnsucht, selbständig zu werden und sah als einziges Mittel, zu diesem Ziele zu gelangen, eine reiche Heirat an. Er wandte sich an einen Vermittler und hatte auch bald den gewünschten Erfolg. Seine junge Frau brachte ihm 70000 Mark in die Ehe. Bald nach der Hochzeit reute er jedoch die Ehe und eines Tages waren er, ein Teil des Geldes und seine frühere Geliebte verschwunden. Er wurde aber bald nach der Flucht in Bücking verhaftet. Staatsanwalt Rat Helbig beantragte gegen den Angeklagten zwei Jahre Gefängnis und fünf Jahre Ehrverlust. Der Gerichtshof erkannte aber auf Freisprechung, da die Kriterien des Betruges nicht festgestellt seien.

Minister Rathstrat als Sachverständiger. In München spielen gegenwärtig zwei wegen der Nebenstände interessante Spielerprozesse. In der bayerischen Hauptstadt wird die „lustige Sieben“ gerade so wie in Oldenburg gespielt. Es wird in den Klubs, Nebenräumen von Restaurants, mit der Sorgfalt wie anderweitig gepflegt. In einem Cafe der innersten Stadt wurde nun vor einigen Wochen eine Gesellschaft von der Polizei beim Pokern überrascht. Desgleichen hat die Polizei in einem „vornehmen“ Restaurant eine Anzahl der „besseren“ Ständen angehöriger Personen, die sich mit der „lustigen Sieben“ beschäftigten, ertappt. Sowohl die beiden Wirte wie die spielenden Personen wurden herab in den Anklagezustand versetzt. Das wäre im Besonderen des Reichsstrafgesetzbuchs keine Merkwürdigkeit. Merkwürdig bleibt aber der Verkauf der Unternehmung. Der Restaurateur des Cafes war, wie der „Bell“ berichtet wird, so hoch, den oldenburgischen Justizminister Rathstrat als Sachverständigen vorladen zu lassen, damit er beurteile, daß das „Pokern“ und das Spiel der „lustigen Sieben“ keine verbotenen Glücksspiele seien. Der Rechtsanwalt der beim Spiel ertappten Personen, die die „lustige Sieben“ spielten, hat folgendes erklärt: Das Strafgesetzbuch gilt für alle Teile des Deutschen Reiches, also auch für Oldenburg. Meine Klienten haben in der Tat gepokert und „lustige Sieben“ gespielt, aber erst fünf Tage nach der Spielgerichtsverhandlung in Oldenburg, als ihnen durch diese öffentliche Gerichtsverhandlung aus dem Munde des oldenburgischen Justizministers, der doch Rechtskundiger und fähiger Staatsanwalt ist, bekannt wurde, daß das Pokern kein verbotenes Glücksspiel sei.

Schwärzende und hauernde „Schutzleute“! Dortmund läßt sich den Ruhm, in puncto Polizeifragen mit Halle an der Spitze zu marschieren, nicht nehmen. Dafür wieder einen durchschlagenden Beweis. Einem Abends, am 6. Juli d. J., fanden während eines Regengusses ein Former und ein Metzger unter dem vorstehenden Dach eines Milchhäuschen auf einem öffentlichen Plage in Dortmund. Zwei Beamte, Kuschberg und Willbungen, wollten von dritter Seite darauf aufmerksam gemacht worden sein, daß an der bewußten Stelle zwei verdächtige Leute sich zu schaffen machten. Angeblich weil die beiden ihre Namen nicht angeben wollten, sei man zur Verhaftung geschritten, der man Widerstand entgegengebrachte. Deshalb standen die beiden Personen unter Anklage des Widerstands gegen die Staatsgewalt. Die Polizeisten beschworen, die Angeklagten hätten die Namensangabe verweigert, in die Enge getrieben haben sie aber schließlich zu, die Angeklagten hätten sofort ihre Verbandsbücher zur Legitimation vorgezeigt. Eine Reihe Zeugen bezeugten dann, die Beamten hätten auf die Angeklagten eingeschlagen und sie mit Füßen getreten — die Polizeisten bestritten das! Merkwürdigerweise hatten die Beamten erst am 12. die Anzeige erstattet, nachdem 4 Tage vorher ein Strafantrag gegen sie seitens der Mißhandelten gestellt worden war, und noch merkwürdiger war, daß trotz alledem der Staatsanwalt Verurteilung beantragte, aber wiederum merkwürdigerweise wollte er den angeblichen Widerstand der sonst gar nicht gelinde geahndet wird, nur mit je 10 Mk. Geldstrafe bestrafen lassen. Am merkwürdigsten aber war, daß das Gericht die Angeklagten freisprach, dabei aber ausdrücklich die Meinung bezeugte, die Schutzleute hätten ihre Befugnisse nicht überschritten! — Und die Moral von der Geschichte: Schutzleute sind in jeder Beziehung unschuldig — denn sie sind Stützen der Massengesellschaft und des Klassenrechtes.

Amstst. In der „Amer Stg.“ ist zu lesen: Eine originelle Bekanntmachung im Wartesaal der Station Herrlingen erstreckt den Fern und unfreiwilligen Humor. Sie lautet: „Am Mittwoch den 13. September 1905 verkehrt die Besondere Zug von Ulm-Münzen. Herrlingen ab 20. Die Benutzung des Sonderzugs ist auch an den Personen gegen Lösung gewöhnlicher Fahrkarten freigestellt. Herrlingen, 10. 9. 05. R. Bahnstation.“

Stendal. Schwere Unglück. Bei der Durchfahrt des D. Zuges 21 auf dem Bahnhofe Uchspringe wurde der Heizer Hel in des genannten Zuges gegen das zwischen den beiden Gleisen befindliche eiserne Trennungsgitter geschlagen und hierbei sofort getötet. Vermutlich hatte der Berunglückte während der Fahrt sich auf die Trittschienen der Lokomotive begeben, um nach dem Defekt einer Lokomotiv-Welle zu sehen. Es liegt hiernach eigene Unvorsichtigkeit des Berunglückten vor.

aufgegangen und goß ihr volles Licht auf die in ihrem Strahl blühende, von zahllosen Fahrzeugen und Booten belebte, durchkreuzte Bai nieder. Und wozu ein Unterchied lag zwischen jetzt und einem einzigen Jahre — wozu? riesenhaften Fortschritt sollten diesem Ort die nächsten zwölf Monate bringen!

Vor einem Jahr noch stand hier ein kleines, düstert belebtes Städtchen aus ungebranntem Lehm gebaut; kaum mehr als ein großes Dorf, mit keinem Handel weiter, als etwas Salz und Hütle anzuführen und etwa anlaufende Wallfischfänger mit frischem Wasser und frischem Fleisch zu versorgen, und jetzt? — Dichtgedrängt, einem großen Jahrmarkt nicht unähnlich, mit Belt an Belt, mit Bude an Bude, nur hier und da von einzelnen Holzhäusern überragt, lag die aus dem Boden gewachsene Stadt der Einwanderer, San Francisco. Ueber das ganze, die Bai fleißig umschiffende Ufer, von kahlen Felsenhügeln eingeschlossen, dehnte sie sich aus, und rings um ihren Rand, wohin das Auge auch sah, flatterte Leinwand, zu neuen Belten gespannt, hämmerten Leute und räumten Plätzen ein, und setzten Belle an Belle zu dem wunderlichen Bau.

Und schon jetzt genügte ihnen der gegebene Raum nicht mehr. An den steilen Hängen kletterte es hinauf, das unruhige, rasche Menschenvolk, und riß mit Spitzhade und Dreiflange Stück nach Stück los von dem alten Berg, um ebenen Boden für ein Belt mehr zu bekommen. — und in die Bai baute es sich auf die andere Seite hinein, mit langen, werftäglichen Brücken, ja auf fahrgelackten Schiffen, die zu Magazinen und Wohnhäusern umgewandelt wurden, und die plötzlich — nur ein einziges Jahr später — mitten in den Straßen der zu ihnen hinausgebauten Stadt lagen.

Wie das ischiffe und arbeitete überall — auf dem

Wasser, auf dem Lande mit Handwerkszeug und Radern ringsumher. Wie die kleinen, winzigen Gestalten da drüben am Ufer so geschäftig hin und her liefen und mit schwer beladenen Karren Güter auf Güter — Futter für das nächste Feuer — in ihr Belneste schleppten. — Und wo ist denn die Bruchstelle von dem Feuer, das vor kaum vierundzwanzig Stunden erst einen Teil der Stadt in Asche gelegt? — Du kannst sie deutlich noch erkennen, Freund — es ist der ganze weite Raum, auf dem die weißen Zelte und hellen Häuser stehen. Die Leute hatten ja volle vierundzwanzig Stunden Zeit, und fast Alles ist schon wieder aufgebaut.

Und Mast an Mast bebrüt die ganze Reede unserer neuen Stadt. Mast an Mast, so dicht die Schiffe sich nur legen durften, durch das Herumschwenken bei Ebbe und Flut vor ihren Ankern nicht gefährdet zu werden. — Hier ein Dreimaster, der mit vollgebrängtem Deck und flatternden, eben losgeworfenen Segeln um Clark's Point herumfährt und, fast erschreckt über die zahlreiche Gesellschaft, rasselnd seine Anker fallen läßt, und dann mit der eindringenden Flut vor seiner Reite herumschwimmt, als ob er den Schlag so rasch als möglich nur wieder verlassen wollte. Dort eine Brigg, die ihre Ladung mit schwer gemieteten Leuten lösch, denn die Matrosen sind ihrer lange davongelaufen. — Da drüben ein Schooner, der eben mit frischen Gemäsen, und einer ganzen Ladung goldflügender Fuchslaver, von den Sandwischinseln herüberkommt. — Auf allen diesen Fahrzeugen ist aber doch noch Leben und Bewegung; sie passen zu dem Bilde um sie her. Der ganze Kern dieses fest vor seinen Ankern liegenden Mastenwaldes bagegen sieht aus, als ob die Pest darübergeschritten wäre und die Besatzung hinübergeweht hätte in ihr nasses Grab.

Kein Segel mehr an den Masten, keine Wacht an Deck; kein nie- und naelloses Stück selbst zwischen den Bul-

warks. Meer und die liegen die Schiffe dort auf dem stillen, unbewegten Wasser der Bai, und ihre kahlen Masten schauen sich vergebens nach der Mannschaft um, die lange schon mit Spitzhade und Schaufel in die Berge gezogen ist.

Matrosen sind überhaupt ein leichtes und lustiges Volk, das nur dem Augenblicke lebt — bringt doch die nächste Reize schon für sie vielleicht den Tod. Daß die nicht auf ihren Schiffen, mit einem mageren Lohn, aushalten würden, wo sie eine rasche Flucht und ein kurzer Marsch in den Bereich von sabelhaft geglaubten Schätzen setzen konnte, ließ sich denken. Sie alle desertierten, wie sich nur, nach dem ersten Fallenlassen des Ankers, die erste Gelegenheit für sie bot. Was half es den Kapitänen, daß sie ihnen das bisher verdiente Geld, und wären es fünfzig oder hundert Dollars gewesen, zurückbehalten? Dort drüben fanden sie vielleicht in einer Schaufel voll so viel, und von manchen Fahrzeugen waren sogar Kapitän und Steuerleute ihrem Beispiel gefolgt, das arme Schiff sich selber überlassend. Was sollten sie auch jetzt mit diesen großen Seeschiffen machen? Wo hätten sie in diesem Taumel, der alles erfasst hatte, Leute finden wollen, die wieder fort von hier zu führen? Wer hätte jetzt Kalifornien verlassen mögen?

Nur die kleiner, nicht tiefgehenden Schooner, die es gewagt, Kap Horn zu umschiffen, fanden sich hier belohnt, denn ihrer bedurfte man, Provisionsen, Bauholz, Werkzeuge und überhaupt alle die Minenbedürfnisse den Sacramento und San Joaquin hinauf in die dort rasch aufblühenden Städte Sacramento und Stockton zu schaffen. Diese konnten auch ihren Leuten acht Dollar Lohn per Tag zahlen; Fracht und Passage fanden damit im Verhältnis und die Eigentümer wurden reich dabei.

(Fortsetzung folgt.)